Presseinformation

1. Juli 2010

Sitzung des NÖ Landtages

Landtagsdirektor Lengheimer verabschiedet

Der Landtag von Niederösterreich trat heute um 13 Uhr unter dem Vorsitz von Präsident Ing. Hans Penz zu einer Sitzung zusammen.

Zunächst erfolgte die **Angelobung** des neuen Landtagsabgeordneten Christian Hafenecker, der in den Reihen der FP NÖ dem Abgeordneten Karl Schwab nachfolgt.

Präsident Ing. Hans P e n z (VP) dankte Karl Schwab im Namen des Landtages für die kollegiale Zusammenarbeit. Schwab war von 1989 bis 1992 Mitglied des Bundesrates, von 1992 bis 1993 Abgeordneter zum NÖ Landtag und von 1993 bis 1995 übte er erneut ein Mandat im Bundesrat aus. Im April 2008 war er wieder in den NÖ Landtag eingezogen.

Präsident Ing. Hans P e n z (VP) informierte weiters darüber, dass Landtagsdirektor DDr. Karl Lengheimer zum letzten Mal als Landtagsdirektor an einer Sitzung teilnehme. Lengheimer habe 1970 als Verwaltungsjurist begonnen und sei nach Stationen in der Gemeindeabteilung und im Landtagsklub der VP NÖ 2002 Landtagsdirektor geworden. Er sei nicht nur ein exzellenter Jurist, sondern zeichne sich auch durch einen messerscharfen Verstand sowie eine gewissenhafte und bedachte Arbeitsweise aus. Sein reiches Lebenswerk umfasse eine unglaubliche Fülle von Leistungen auf den unterschiedlichsten Gebieten. So sei Lengheimer nicht nur Bezirksvorsteher im 4. Wiener Gemeindebezirk gewesen, sondern im Rahmen seiner Mitarbeit im Österreich-Konvent auch „ein überzeugter Kämpfer für die Länderinteressen sowie ein Vordenker für einen gelebten Föderalismus". Penz hob auch das christliche Menschenbild Lengheimers hervor, denn politisches und gesellschaftliches Handeln brauche einen „ethischen Kompass".

Es folgte eine **Aktuelle Stunde** zum Thema **„Oben sparen statt uns besteuern - Wende statt Gebühren ohne Ende!"**.

Abgeordneter Benno S u l z b e r g e r (FP) sagte, dass in vielen Gemeinden der Haushaltsausgleich nicht mehr erfolgen könne. In der Vergangenheit hätten viele Gemeinden über ihre Verhältnisse Finanz- und Wirtschaftspolitik betrieben. Das Platzen der Finanzblase habe Bund, Länder und Gemeinden in finanzielle Schwierigkeiten gebracht. Der Finanz- und Wirtschaftsabschwung führe zu einem massiven Rückgang bei den Einnahmen. Das Land stecke in einer Schuldenklemme und sei gefordert, im Sinne des Schuldenabbaues tätig zu werden.

Abgeordneter Gerhard R a z b o r c a n (SP) meinte, die Massen zu besteuern sei das schlechteste was man machen könne. Es sei „Zeit für Gerechtigkeit" und eine faire

E-Mail: presse@noel.gv.at

Presseinformation

Verteilung der Steuerlast. Die Sozialdemokraten würden sich daher für eine Bankenabgabe, einen Finanztransaktionssteuer sowie eine Vermögenszuwachssteuer aussprechen. Seine Fraktion wolle nicht, dass aus der Wirtschaftskrise eine Sozialkrise werde.

Abgeordnete Dr. Helga Krismer-Huber (G) kritisierte, dass die FP NÖ „bis heute nicht in der Regierung angekommen" sei. Sie warf der FP NÖ vor, „eine populistische Partei" zu sein.

Klubobmann Gottfried Waldhäusl (FP) betonte, die FP sei immer auf der Seite jener, die belastet werden. Er sprach sich gegen neuerliche Belastungen aus, denn dieser Landtag bringe „eine Gebührenerhöhungswelle". Als wesentliche Verschlechterungen hob Waldhäusl die geplante Erhöhung von Wasserpreis, Abwasserentsorgung, Müllentsorgung sowie höhere Gemeindeabgaben und weniger Förderungen hervor. Zudem werde die im Landtag beschlossene Erhöhung der Gemeindeabgaben jährlich Mehrkosten von über 1.000 Euro pro Familie bedeuten. Parallel dazu habe es im letzten Jahr für die Bürgermeister und Gemeinderäte eine Gehaltserhöhung von fast 30 Prozent gegeben.

Abgeordneter Rupert Dworak (SP) meinte, die 573 Bürgermeister in Niederösterreich stehen für Qualität bzw. Leistungsbereitschaft, und die Jobanforderung habe sich in den letzten Jahren vom Verwalter hin zum Manager gewandelt. Die Turbulenzen auf internationaler Ebene seien aber auch an den Gemeindenfinanzen nicht spurlos vorübergegangen. Dazu hätten die niederösterreichischen Gemeinden die letzte Steuerreform auf Bundesebene mitgetragen und würden nach wie vor viele soziale Leistungen für die Bürger erbringen. Beispielsweise seien innerhalb der letzten Jahre viele Kindergärten und Kindergartengruppen sowie über 1.000 neue Arbeitsplätze für Pädagoginnen geschaffen worden.

Abgeordneter Benno Sulzberger (FP) meldete sich zu einer tatsächlichen Berichtung und behauptete, eine Gemeinde aus dem Bezirk Zwettl zu kennen, die ohne Gemeinderatsbeschluss die Bezüge des Bürgermeisters und der Gemeinderäte angehoben habe.

Abgeordneter Mag. Alfred Riedl (VP) sagte, man dürfe bei der Diskussion über die Kommunen nicht mit falschen Zahlen agieren und damit die Bürger verunsichern. Schwerpunkte bei den zusätzlichen Aufgaben auf Gemeindeebene in den letzten Jahren seien der Ausbau der Altenpflege, aber auch Verwaltungsdienstleistungen, die bisher nicht finanziell abgegolten werden. Laut einer OGM- bzw. GfK-Umfrage seien die Bürger mit den Dienstleistungen der Verwaltung auf Gemeindeebene am zufriedensten. Damit in Zukunft Bürgermeister und Gemeinderäte nicht per Inserat gesucht werden müssen, wie dies beispielsweise in Salzburg der Fall gewesen sei, habe sich das Land

E-Mail: presse@noel.gv.at

Presseinformation

Niederösterreich im letzten Jahr entschlossen, eine entsprechende Gehaltsanpassung bei den Gemeindevertretern durchzuführen.

Abgeordneter Ing. Martin H u b e r (FP) erklärte, Niederösterreich und seine Bürger hätten sich das geplante Belastungspaket nicht verdient, da es genug Einsparungsmöglichkeiten auf Landes- und Gemeindeebene gebe, wie beispielsweise die viel zu hohen Repräsentationskosten. Als wesentliche Kritikpunkte sprach er die Erhöhung der Aufschließungsabgabe und die Verteuerungen bei Essen auf Rädern an.

Abgeordneter Mag. Alfred R i e d l (VP) erklärte, 90 Prozent der Schulden des Staates Österreich weise der Bund auf, nur 10 Prozent der Gesamtschulden würden auf die Länder und Gemeinden entfallen. Im Zuge der Veranlagung der NÖ Wohnbaugelder seien bisher 1,2 Milliarden Euro ins Landesbudget geflossen.

Die weitere Berichterstattung findet man unter http://www.landtag-noe.at/service/politik/landtag/NLK/LANDTAG20100701.doc

E-Mail: presse@noel.gv.at